

Danziger Volksstimme

Einzelnummer 30 Pfg.

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk., von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 5.— Mk., von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 49

Montag, den 28. Februar 1921

12. Jahrgang

Danziger Fragen vor dem Völkerbundrat.

Der Völkerbundrat verlangt Abänderung der Danziger Verfassung.

Paris, 27. Febr. Der Völkerbundrat prüfte gestern das von der Stadt Danzig gestellte Verlangen, für Peru 50 000 Gewehre herstellen zu dürfen. Es wird darin geltend gemacht, die Waffenfabrik, um die es sich handelt, habe ehemals dem Deutschen Reiche gehört, sei aber vorübergehend in den Besitz der alliierten Großmächte übergegangen. Nachdem der japanische Botschafter über den Antrag Bericht erstattet hatte, lehnte der Völkerbundrat das Verlangen Danzigs ab. Darauf beschäftigte sich der Völkerbundrat mit gewissen Abänderungen der Verfassung der Freien Stadt Danzig. Nachdem die polnische Vertreter Astenazy und der ehemalige Danziger Oberkommissar Professor Attolico ihre Auffassung dargelegt hatten, wurde vom Generalsekretär des Völkerbundes ein Zwischenbericht gefordert, der vor Beendigung der Beratung geprüft werden soll.

Der Präsident des Danziger Hafens.

Paris, 26. Febr. (Havas.) Der Völkerbundrat hat den Schweizer Obersten Derenier zum Präsidenten des Hafens von Danzig ernannt.

Abreise der deutschen Delegation nach London.

Berlin, 27. Febr. Die deutsche Delegation ist, wie schon kurz berichtet wurde, heute mittag vom Potsdamer Bahnhof abgefahren. Zur Verabschiedung war der Reichskanzler auf dem Bahnhof erschienen, wo er mit dem Minister des Auswärtigen im längeren Gespräch verweilte. Unter den anwesenden Vertretern der Regierung befanden sich die Staatssekretäre Albert und v. Saniel und eine Reihe Beamter der Reichskanzlei, des Auswärtigen Amtes und der übrigen Ministerien. Die Zusammensetzung der Delegation ist in unserer Nr. 24. bereits mitgeteilt worden und unverändert geblieben.

London, 27. Febr. In einer Unterredung mit dem Pariser Berichterstatter des „Observer“ sagte Poincaré u. a. Er sei überzeugt, Frankreich werde keine Aktion unternehmen, die nicht die moralische, wenn nicht materielle Unterstützung Englands findet. Für Frankreich sei die wertvollste Sache die Aufrechterhaltung der Entente. Eine der Hauptpflichten der Londoner Konferenz sei die Festsetzung genauer Sanktionen und der Methode und des Augenblicks ihrer Anwendung. Die Mitwirkung deutscher Arbeiter am Wiederaufbau Nordfrankreichs in beschränkter Zahl und unter genügender Aufsicht sei annehmbar.

London, 27. Febr. Nach dem „Observer“ hat die Brüsseler Sachverständigenkonferenz den alliierten Regierungen einen Bericht unterbreitet, in dem es heißt: Die wirtschaftliche Lage Deutschlands sei wahrscheinlich augenblicklich günstiger als in irgendeinem andern Lande Europas. (!) Es werde schwer sein, zu beweisen, daß der in Paris festgesetzte Reparationsbetrag Deutschlands Leistungsfähigkeit übersteige.

Wir haben einstweilen noch das Vertrauen zum Minister Simons, der wegen seiner Geschicklichkeit, Sachkunde und Aufrichtigkeit und seiner verbindlichen Formen seit den Verhandlungen in Spa auch bei den Gegnern Deutschlands, speziell bei Lloyd George, in hoher Achtung steht, daß es ihm gelingen wird, die Grenzen der deutschen wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit neben dem ehrlichen Willen Deutschlands zur Wiedergutmachung auf der Grundlage des Versailler Vertrages einleuchtend darzulegen.

Der Ausgang der Wiener Sozialistenkonferenz.

Wien, 26. Febr. Als Referent über den Imperialismus und die soziale Revolution kündigte Ledebour an, daß die unabhängige Partei in Deutschland zu Taten greifen werde. Sollten die Konterrevolutionäre ihre Ziele verwirklichen wollen, so würden sie auf den energischen Widerstand der Arbeiterschaft stoßen, die dann kein Mittel unversucht lassen werde, um die Herrschaft an sich zu reißen. Ledebour begründete dann eine Resolution, in der alle in der Konferenz vertretenen sozialistischen Parteien aufgefordert werden ihre Kräfte auf die Abwehr der bürgerlichen Konterrevolution zu konzentrieren, den Kampf für die Behauptung der eroberten Rechte und Freiheiten anzunehmen. Die Konferenz, heißt es in der Resolution, verpflichtet die sozialistischen Parteien, die konterrevolutionäre Intervention der kapitalistischen Mächte in Sowjetrußland zu bekämpfen und die Herstellung des Friedenszustandes mit Rußland zu fördern.

Wien, 26. Febr. In der Nachmittagsitzung der internationalen Sozialistenkonferenz referierte Mistral (Frankreich) über den Kampf gegen die Konterrevolution. Die von der Kommission vorgeschlagene Resolution spricht sich für die

Entwaffnung der deutschen militärischen Organisationen (wie Orghel usw.) aus, der aber die allgemeine Abrüstung in allen Ländern folgen müsse. Schließlich fordert sie die sozialistischen Parteien auf, gegen den Militarismus, für die allgemeine Revision des Friedensvertrages und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker am 18. März und am 1. Mai Kundgebungen zu veranstalten. Brack (Frankreich) und Hudson (England) verurteilten gleichfalls die Pariser Beschlüsse. Letzterer erklärte, die englischen Arbeiter seien nicht mehr geneigt, gutwillig Staatsverträge zuzulassen, und forderte die französischen Delegierten auf, entschlossen gegen eine derartige Unterdrückung der deutschen Wirtschaft Widerstand zu leisten.

Wien, 27. Febr. In der Schlußsitzung der internationalen Sozialistenkonferenz sprach Dr. Otto Bauer-Wien die Hoffnung aus, daß die sozialistischen Parteien der andern Länder, falls die Entente mit militärischen Mitteln Deutschland entgegenstehe, dem Lande helfen werden. Longuet-Frankreich erklärte, das österreichische Volk könne nicht leben unter der Herrschaft des schmachvollen Friedensvertrages von St. Germain. Renaudel-Frankreich erklärte sich vollkommen mit einer Revision des Friedensvertrages einverstanden. Nachdem Dr. Bauer-Wien Longuet im Namen der Wiener Arbeiterschaft gedankt hatte, beendete die Konferenz ihre Arbeit. In das Exekutivkomitee für die internationale Arbeitsgemeinschaft wurden für Deutschland Crispin und Ledebour gewählt. Die vorgeschlagenen Resolutionen wurden angenommen. Zum Schluß erklärte Ledebour, die Hauptaufgabe der Konferenz sei durch die Gründung der Arbeitsgemeinschaft gelungen.

Protest der Stadtverordneten von Marienwerder gegen die polnischen Ansprüche auf die Marienwerder Niederung.

Marienwerder, 26. Febr. Unter Bezugnahme auf die polnische Note an die Botschafterkonferenz in Paris, in der Polen die Marienwerder Niederung bis an die Höhen von Marienwerder verlangt, um einen Kanal bauen zu können, wurde in der Stadtverordnetenversammlung am Freitag in Marienwerder folgender Protest an das Auswärtige Amt gerichtet: Die gesamte Bevölkerung unserer Stadt ist empört über die unerhörte, dem überwältigenden Abstimmungsresultat hohnsprechende Zumutung der Polen, ihnen bei der endgültigen Grenzfestsetzung die Marienwerder Niederung zuzuerkennen. Der Antrag des General Dupont an den Botschafterrat in Paris, die Notwendigkeit der Anlage eines Kanals durch interalliierte Sachverständige prüfen zu lassen, verdient schärfste Zurückweisung. Er steht im Widerspruch zu der unabänderlichen Entscheidung, die der Botschafterrat im August v. J. über das Abstimmungsgebiet gefällt hat. Wir erwarten von der Reichsregierung, daß sie mit allem Nachdruck sich für unsere Grenzmark einsetzt und keinen Fußbreit treu deutschen Landes preisgibt.

Die Kriegsbeschädigten als Vorkämpfer kommunistischer Agitation.

Berlin, 27. Febr. Der Groß-Berliner Gau des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten veranstaltete am Sonntag vormittag eine Massenversammlung im Lustgarten, an der etwa 12 000 Personen teilnahmen. Der Vorsitzende Karl Liebknecht wandte sich gegen die Verschleppung der Forderungen der Kriegsbeschädigten und verlangte die Beschleunigung der Auszahlung der Renten. Dann bildete sich ein Demonstrationzug, in dessen Reihen zahlreiche Plakate und rote Fahnen mit Aufschriften getragen wurden. Die meisten der Fahnen zeigten den goldenen Sowjetstern. Im Zuge wurde auf einer Tagbühne ein mit eisernen Kreuzen geschmückter schwarzer Sarg getragen mit der Aufschrift „Das neue Versorgungsrecht“. Der Zug bewegte sich nach dem Reichsarbeitsministerium. Unterwegs ereigneten sich zahlreiche Zwischenfälle. Der gesamte Fahrverkehr wurde lahmgelegt. Einzelne Straßenbahnführer wurden tödlich angegriffen. Zu einem Zusammenstoß mit der Schutzpolizei kam es am Alexanderplatz, wo die Demonstranten ein Lastautomobil mit Schutzpolizisten umzingelten. Den Ordnungern gelang es schließlich, die Menge zum Weitergehen zu veranlassen. Mit „Nieder“-Rufen auf die Schutzpolizei und Hochrufen auf die dritte Internationale und auf Sowjetrußland ging es weiter. Da das Arbeitsministerium in der Schornhorststraße von einer Hundertschaft der Schutzpolizei besetzt war, bewegte sich der Zug nach dem Invalidenhause, wo Liebknecht abermals eine Ansprache hielt, die mit einem Hoch auf die Weltrevolution schloß. Dann löste sich der Zug auf.

Die unabhängige Rückwandlung.

Von Erich Ruttner (M. D. U.)

Der Zusammenbruch der Unabhängigen hat manchem Gelegenheit gegeben, auf die äußere Geschichte der U. S. P. hinzuweisen, ihr rasches Wachstum und ihren katastrophalen Zusammenbruch. Aber nicht minder interessant ist eine Feststellung über den inneren Werdegang der Unabhängigen Partei. Die U. S. P. hat ein Alter von vier, höchstens fünf Jahren. Aber in diesen fünf Jahren hat die Partei mehr innere Wandlungen durchgemacht, als manche andere innerhalb von fünfzig Jahren.

Als Geburtsstunde der U. S. P. kann man den 1915 herausgegangenen Aufruf von Haase, Bernstein und Kautsky betrachten. Es zeugt von der seltsamen Entwicklung der Partei, daß von den drei Unterzeichnern des Aufrufs der eine, Eduard Bernstein, längst wieder zur alten Partei zurückgekehrt ist, der zweite, Karl Kautsky, sich der Sozialdemokratischen Partei soweit wieder angenähert hat, daß er ihr mitunter näher zu stehen scheint, als der U. S. P. Der dritte Unterzeichner, Hugo Haase, ist leider durch Mordhand gefallen. Wie er heute stehen würde, läßt sich nicht sagen.

Auf den Aufruf folgte dann im Jahre 1916 die Abspaltung der „Arbeitsgemeinschaft“ von der Reichstagsfraktion, zu Beginn des Jahres 1917 die Gründung der Unabhängigen Partei. Die Männer, die damals im Vordergrund der neuen Partei standen, außer den Genannten Dittmann, Ströbel, Dr. Cohn usw., dachten gar nicht daran, sich wegen eines programmatischen Gegensatzes von der Partei zu trennen. Auch von ihnen sind einige wie Ströbel, Restriepfe usw., inzwischen wieder zur alten Partei zurückgekehrt. Lediglich die Differenz in der Frage, ob man die Kriegskredite bewilligen dürfe, war es, welche die Spaltung hervorrief. Dabei aber wirkte auch diese Frage nicht prinzipiell, sondern nur taktisch trennend. Denn auch bei der U. S. P. war die Arbeit vorherrschend, daß die Stellung zu den Kriegskrediten von dem Charakter des Krieges abhinge. Ledebour wollte z. B. die Kredite bewilligen, wenn die Franzosen am Rhein und die Russen an der Oder ständen. Wenn die Unabhängigen gegen die Kreditbewilligung waren, so deshalb, weil für sie die Eroberungspläne der Alldeutschen das ausschlaggebende Moment waren, während die Sozialdemokratie in erster Linie ihr Augenmerk auf die Gefahr richtete, die Deutschland von der ungeheuren Uebermacht der Gegner drohte.

Jedenfalls war aber am Tage des 9. November der ganze Streit um Bewilligung oder Nichtbewilligung der Kriegskredite antiquiert. Nicht, was geschehen ist, sondern was geschehen soll, kann auf die Dauer zwischen Parteien trennend wirken. Anfangs schlen es taktisch, als ob sich nunmehr eine rasche Wiedervereinigung der beiden Parteien vollziehen würde. Aber nunmehr begann sich ein prinzipieller Gegensatz aufzutun. Am Tage der Revolution waren die Unabhängigen zum allergrößten Teile noch wirkliche Sozialdemokraten. Auch sie wollten zunächst die Demokratie verwirklichen. Die Einberufung einer Nationalversammlung, hervorgegangen aus dem allgemeinen gleichen Wahlrecht, wurde auch von den unabhängigen Volksbeauftragten gefordert. Nur über den Zeitpunkt herrschten Differenzen. Die Unabhängigen wollten sich vor der Wahl noch organisatorisch festigen.

Mittlerweile begann aber die kommunistische Zellenarbeit im linken Flügel der U. S. P. wirksam zu werden. Ein immer größer werdender Teil forderte statt Verwirklichung der Demokratie die Diktatur des Proletariats. Die Führer suchten einen Ausweg, indem sie ein „Rebeneinander“ von Nationalversammlung und Räteparlament vorschlugen, natürlich ein unmöglicher Gedanke, der zu einem erbitterten Kampfe zwischen beiden Parlamenten geführt hätte. Aber nachdem einmal der sichere Boden der Demokratie verlassen war, gab es bald kein Halten mehr.

Auf dem Leipziger Parteitag der U. S. P., der den Höhepunkt dieser Entwicklung bildete, wurde der Gedanke des Parlaments und der Demokratie zugunsten des Rätesystems völlig preisgegeben. Allerdings stellte ein wichtiger Kopf fest, daß es in Leipzig nicht weniger als dreizehn verschiedene Richtungen in der U. S. P. gegeben habe, wobei aber erwähnenswert war, daß der äußerste rechte Flügel, die Anhänger der Demokratie umfassend, sich überhaupt nicht mehr hervorwagte. Schließlich kam ein Kompromiß zustande: Die Diktatur wurde als Übergangszustand gefordert, um nach der völligen Verwirklichung des Sozialismus dann später durch die „soziale Demokratie“ abgelöst zu werden. Das letztere war allerdings nur Zukunftsmusik. Die praktische Arbeit der Partei konnte sich nur auf das erste Ziel erstrecken.

Doch zeigte diese theoretische Einschränkung des Diktaturgedankens, daß einem Teil der U. S. P.-Anhänger doch vor den letzten Konsequenzen des bolschewistischen Systems inner-

Danziger Nachrichten.

Die polnischen Ansprüche auf das rechte Weichselufer.

General Dupont, der Generalpräsident der Kommission zur Festlegung der deutschen und polnischen Grenzen, hat, wie er jetzt bekannt wird, am 6. Dezember 1920 eine acht Schreibmaschinen-seitige große Note an den Botschafterrat in Paris gerichtet, in der er neun Streitfragen vorbringt und dazu beibringt, was die Polen und was die Deutschen dazu sagen. Die achte dieser Fragen behandelt die Angelegenheit der Weichselniederung bei Marienwerder. General Dupont geht, wie „Die Brücke“ erzählt, davon aus, daß gemäß Artikel 97 des Friedensvertrages, den Polen soviel vom Weichselufer zu überlassen sei, als zum Zwecke der ungeschränkten Ueberwachung des Stromes und seiner Regulierung notwendig wäre. Nun erklärten die Polen aber, die Weichsel habe wohl den geringen Verkehr für Deutschland früher genügt, jetzt aber, wo der Fluß ganz Polen versorgen solle, müsse der Verkehr entsprechend vermehrt werden, und die Erfahrung habe gezeigt, daß bei Wasserläufen gleicher Art ein regelmäßiger Betrieb nur möglich sei, wenn ein seitlicher Kanal bestünde, zu dessen Anlage aber sei das ganze rechte Weichselufer bis an die Mündung von Marienwerder notwendig. Seit der Dupont'schen Note sind nun von der ostpreussischen Bevölkerung die energischsten Proteste gegen jede polnische Festlegung in Ostpreußen erhoben und durch Vermittelung des Deutschen Ausschusses für Westpreußen in Marienwerder vom künftigen Amt in Berlin dem Botschafterrat in Paris und den Entente-Megierungen überreicht worden. Das künftige Amt hat auch gestern dem Deutschen Ausschuss mitgeteilt, daß die polnischen Forderungen nach einem Weichselkanal auf dem ostpreussischen Ufer keinerlei Aussicht hätten, sich durchzusetzen. Die Bevölkerung brauche sich wegen der polnischen Ansprüche nicht zu beunruhigen, seitens des künftigen Amtes werde alles daran gesetzt, was zur Wahrung der Interessen der bedrohten Niederung nötig sei.

Auszahlung des erhöhten Ausgleichszuschlags an Beamte.

Entsprechend dem Vorgehen des Reichs und Preußens hat der Senat beschlossen, den zur Dienstleistung beim Freistaat beurlaubten Reichs- und preussischen Staatsbeamten und Postschul-lehrpersonen sowie den bereits endgültig auf den Freistaat übernommenen Beamten den zum Grundgehalt und zum Urlaubszuschlag zu zahlenden Ausgleichszuschlag in drei Klassen A mit 70 Proz., Klasse B mit 67 Proz., Klasse C mit 65 Proz. (bisher in allen 3 Klassen 60 Proz.) mit Wirkung vom 1. Januar 1921 auszusahlen zu lassen. Die endgültige Genehmigung durch den Volkstag soll mit der Festlegung des Haushaltsplanes erfolgen und die gemäß dieser Verordnung nachzuschuldenden Beträge jedoch jetzt sofort zur Anweisung gebracht werden.

Neue Gehaltsätze für die Angestellten der Staatsbehörden und -betriebe.

Für die Entlohnung der Angestellten höherer Ordnung bei den Staatsbehörden und bei den staatlichen Anstalten und Betrieben der Freien Stadt Danzig hat der Senat im Anschluß an die Erhöhung der Beamten-Ausgleichszuschläge anstelle der Sätze des Freistaats vom 23. September 1920 mit Wirkung vom 1. Jan. 1921 neue Sätze beschlossen.

Klasse 1. Einfache Arbeiten; männlich: Ortsklasse A 455—550 M., Ortsklasse B 420—780 M., Ortsk. C 400—740 M.; weiblich: Ortsk. A 365—680 M., Ortsk. B 335—625 M., Ortsk. C 320—505 M.

Klasse 2. Allgem. Hilfsarbeiten; männl.: Ortsk. A 510—1050 M., Ortsk. B 470—965 M., Ortsk. C 450—915 M.; weibl.: Ortsk. A 410—840 M., Ortsk. B 380—770 M., Ortsk. C 360—785 M.

Klasse 3. Selbständige Arbeiten; männl.: Ortsk. A 1165 M., Ortsk. B 1070 M., Ortsk. C 1015 M.; weibl.: Ortsk. A 930 M., Ortsk. B 860 M., Ortsk. C 810 M.

Klasse 4. Bekende und Vertrauensstellungen; männl.: Ortsk. A 1905 M., Ortsk. B 1200 M., Ortsk. C 1135 M.; weibl.: Ortsk. A 1045 M., Ortsk. B 960 M., Ortsk. C 910 M.

Hinzu kommen noch die üblichen Kinderzulagen. Der Differenzbetrag zwischen den bisherigen und den vorstehenden Sätzen für den Monat Januar 1921 ist nachzuschlagen.

An die jugendlichen Angestellten und die volljährigen Angestellten, die bisher laut Tarifvertrag nur 80 Proz. des Ortszuschlages und den entsprechenden Ausgleichszuschlag bezogen, ist vom 1. Oktober 1920 ab der volle Ortszuschlag und der entsprechende Ausgleichszuschlag zu zahlen.

Der Ausgleichszuschlag zur Kinderhilfe wird vom 1. Oktober ab in Ortsk. A auf 150 Proz., in B auf 125 Proz., in C auf 100 Proz., in D und E auf 75 Proz. der Kinderbeihilfe erhöht.

Die Kinderbeihilfe — einsech. Ausgleichszuschlag — beträgt mithin für Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahre 70—100 M., 14. Lebensjahre 87,50—125 M., bis zum 21. Lebensjahre 105—130 M. Die Kinderbeihilfe wird auch für Stiefkinder, die in die Familiengemeinschaft aufgenommen sind, gezahlt.

Ein städtisches Jung-Edigen- und Lehrlingsheim.

Vom städtischen Jugendamt erhalten wir folgende Zuschrift:

Ueber die Not der Jugend wird genug geredet und geschrieben. Man weiß, daß unsere Jugend körperlich, geistig und seelisch leidet, daß sie vor allem sittlich gefährdet ist, wie kein Geschlecht zuvor. Und doch ist gegen diese Not mit Worten gar nicht anzukommen. Neben bessert hier gar nichts. Nur praktisches Handeln tate uns hier not. Und dieses Handeln hätte sich vor allem in zwei Richtungen zu bewegen: Einmal muß die Öffentlichkeit dafür sorgen, daß die Jugend von der Straße und von den Kneipen und aus den Kinos fortkommt, daß ihr keine und Unterbringungs-möglichkeiten gegeben werden, die ihre Gefährdung verringern oder ausschließen. Und dann muß die Jugend selber erweckt werden, daß sie sich nicht damit begnügt, sich die notwendige Pflege der Erwachsenen gefallen zu lassen, daß sie vielmehr sich selber bewege und rege und erziehe. Ohne Jugendbewegung werden wir keine gesunde Zukunft erlangen.

Nun besteht der Plan, der schon in der Ausführung begriffen ist, für die Jugend in der Reiterkaserne, soweit es die Verhältnisse gestatten, ein Heim zu schaffen, das nicht nur für einige Abendstunden die Jungen fesselt, sondern in dem sie ihre ganze Zeit zubringen können, soweit sie das nötig haben: Ein Jugendledigen- und Lehrlingsheim, verbunden mit einer Herberge und Bleibe für Jugendliche mit insgesamt 120 Betten. Das Ledigenheim ist so gedacht, daß Jugendliche, die in der Arbeit stehen und etwas verdienen, hier aber keine Angehörigen haben, bei denen sie wohnen

können, hier gegen ein mäßiges die Selbstkosten deckendes Entgelt wohnen und essen können. Das Lehrlingsheim nimmt Lehrlinge auf, die hier keinen Anhang haben oder aus irgendeinem Grunde von Hause fort müssen. Für ganz Unbemittelte, die in wirklicher Not sind, werden Freistellen vorhanden sein. Die Jugendherberge nimmt durchreisende Jugendliche auf gegen geringes Entgelt, ebenso die Bleibe, die für Angehörige der Jugend-Sport- und Wandervereine bestimmt ist. Verbunden mit der ganzen Einrichtung wird dann ein Jugendheim für die Niederstadt werden, das nach denselben Grundrissen geleitet werden wird, wie das in der Brotbäckergasse. Ebenso sind im Hause noch Bereinigungsraum für etwa 20 Jugendvereine der verschiedensten Art vorgesehen. Das ganze Unternehmen wird in etwa 14 Tagen dem öffentlichen Gebrauch übergeben werden können. Meldungen von Jugendlichen, Selbständigen und Lehrlingen, die dort wohnen wollen, werden in der Reiterkaserne von dem Leiter des Heims, Herrn Siegmeyer, Zimmer 122, angenommen.

Im Volkstag ist folgende dringende Anfrage eingegangen: Die Kreisgerichte in den an Polen abgetretenen Teilen des preussischen Staats zwingen kaufmännische Gesellschaften, die ihren Sitz in Danzig haben, die Firmenbezeichnungen ihrer Zweigniederlassungen in Polen in Firmenbezeichnungen in polnischer Sprache umzuändern. Sie drohen für den Weigerungsfall die Löschung der Firmen im Register an von den Amtsgerichten in Danzig werden dagegen ausländische, auch polnische Firmen, ohne weiteres mit der fremdsprachlichen Bezeichnung in die öffentlichen Register eingetragen. Was gedenkt der Senat zu tun, um dieser Benachteiligung und dieser unterschiedlichen Behandlung der Danziger Staatsangehörigen, welche mit der Konvention vom 15. November 1920 und dem Minderheitsabkommen vom 28. Juni 1919 im Widerspruch steht, entgegenzutreten?

Danziger Obersterichter gegen polnische Annahme. Am Freitag abend fand im großen Saale des Gewerbehause eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Ortsgruppe Danzig der heimatischen Obersterichter statt, in der die letzten Vorgänge in Obersterichten der Kritik unterzogen wurden. Im Anschluß daran fand eine eingehende Besprechung des vielbesprochenen Erlasses des Eisenbahnpräsidenten von Czarnowski statt. Dazu wurde einstimmig folgende Protestresolution angenommen: Die deutschge-sinnten, abstimmberechtigten Obersterichter der Freistadt Danzig protestieren aufs schärfste gegen den unerhört verhängenden Mißbrauch des polnischen Eisenbahnpräsidenten von Czarnowski im polnischen Amtsblatt Nr. 5. Die Tatsachen in Obersterichten sind darin völlig auf den Kopf gestellt, und alle brutalen Morde, Plünderungen und Verbrechen der polnischen „Polnische Propaganda“ haben klar bewiesen, mit welchen Mitteln die polnische Propaganda in Obersterichten arbeitet. Die polnische Eisenbahndirektion hat durch diesen heuchlerischen Erlass das friedliche Zusammenleben beider Nationen in der Freistadt Danzig auf das schwerste gefährdet und das freiraumliche Verkehrsmittel missbraucht. Gegen eine derartige niedrige Gesinnungsweise verwehren die deutschge-sinnten Obersterichter Danzigs sich auf das nachdrücklichste und verlangen, daß diesem verhängenden Treiben und der Verletzung des Ostrechts durch den polnischen Eisenbahnpräsidenten energisch ein Ende bereitet wird. — Dr. Kettinger-Katzenh. hielt darauf einen längeren Vortrag, in dem er die Ansprüche Polens auf das obersterichtliche Gebiet als unberechtigt zurückwies.

Unnötig aufgeregt hat sich das „Freie Volk“ über den Vorfall in der Eisenbahnhauptwerkstätte, über den es mit einer häßlichen Oeffentlichung der Sozialdemokraten berichtet. Mit politischen Anschauungen hatte der Vorgang nicht das geringste zu tun, wie von allen Augenzeugen übereinstimmend berichtet wird. Man verlangte von Räder eine Gefälligkeit bei der Arbeit, die dieser, weil verboten, ablehnte. Darüber geriet Mänsch, der ange-trunken war, in Wut und ging mit einem Messer auf R. los. Der Anzeiger verfehlte sein Ziel und ließ sich selbst ins Bein. Altem Anschein nach besteht zwischen den beiden schon längere Zeit eine Abneigung. Die Kollegen der Eisenbahnhauptwerkstätte sind empört darüber, daß der an sich bedauerliche Vorfall in so ent-stellter Form der Öffentlichkeit unterbreitet wurde.

Protpreis-Teuerungszulage auch in der Waggonfabrik. Die Teuerungszulagen, die infolge der Protpreissteigerung bisher von Schichau und Klawitter gezahlt werden, sind nunmehr auch den Arbeitern der Waggonfabrik gewährt worden. Ob die Staatsbetriebe dem Vorgehen dieser Privatunternehmungen folgen werden, ist noch ungewiß. Logisch wäre es allerdings, daß der Senat, der die Protpreissteigerung seinerseits und den Arbeitgeberverbänden die entsprechende Lohnzulage nahegelegt, angeordnet hat, als erster mit der Teuerungszulage vorangehen wäre. Hinzu kommt noch, daß der Senat ja als größter Unternehmer anzusprechen ist, da ihm die Verwaltung sämtlicher staatlichen Betriebe untersteht und sich die Privatindustrie auf die Nichtgenährung dieser Zulagen in den staatlichen Betrieben berufen kann. Für den Senat sollte es als selbstverständlich gelten, daß er sich dem Vorgehen der bisher mitgeteilten Privatunternehmungen schleunigst anzuschließen hat, um so auch die noch fehlenden Privatbetriebe mit der Bewilligung nachzugehen.

Die Gewerkschaftsbibliothek hat ihr neues Heim, Heveliusplatz 1/2, parterre, bezogen. Von heute ab können die Bücher wieder regelmäßig gewechselt werden.

Die Gesuche um die Ueberlassung von Schuträumen, Turnhallen und Schulhöfen sind von den betreffenden Vereinen, Körperschaften, Privatpersonen usw. vom 1. März 1921 ab durch die Hand des Leiters der betreffenden Schule dem Magistrat einzureichen.

Opfer der Arbeit. Der Arbeiter Josef Domanski wurde am Sonnabend beim Entladen von Kohlen auf dem Dampfer „Wido“ von einem Kran erfasst und erlitt so schwere Verletzungen, daß er ins Krankenhaus überführt werden mußte. In einem Raiffeisen-Speicher geriet der Arbeiter Albert Joppke bei seiner Arbeit in die Drehscheibe und erlitt mehrere Verstauchungen.

Das kommende Arbeitsrecht. Ueber dies Thema veröffentlichte in der verfloffenen Woche Magistratsassessor Dr. Rodenacker mehrere Artikel in den „Danziger Neuesten Nachrichten“. In Anbetracht unserer heutigen außerordentlichen Raumbeschränkung können wir leider eine Entgegnung unseres gewerkschaftlichen Mitarbeiters auf die Rodenacker'schen Ausführungen erst morgen veröffentlichen.

Import oder Kettenhandel? Das Obergericht hatte über die Frage zu entscheiden, wer bei einem Kettenhandel als Waren-einführer zu gelten hat. Ein Danziger Kaufmann wurde wegen Kettenhandels mit Zigaretten bestraft und legte Revision ein. Er behauptete, daß er kein unerlaubtes Glied der Kette sei, da er als Importeur anzusehen wäre. Er habe die Ware aus dem Transitlager gekauft und bezollt. Durch ihn seien die Zigaretten erst zur Inlandware gemacht worden. Er sei nicht als wirtschaftlich un-

nüchres Glied auf dem Wege vom Hersteller zum Verbraucher anzusehen. Das Obergericht konnte der Auffassung des Angeklagten nicht folgen und hat die Revision zurückgewiesen. In der Urteils-begründung heißt es: Die Forderung der Revision wäre beachtlich, wenn erst durch diese Tätigkeit, also allein durch sie, die Ware dem Danziger Markt zugeführt worden wäre. Das ist aber nicht der Fall. Die Zigaretten, die zwar noch im Transitlager lagen, sind schon mehrfach vor dem Angeklagten auf dem Danziger Markt gehandelt und von diesem schließlich dem Danziger Markt zugeführt worden. Die Herausnahme der Ware aus dem Transitlager durch den Angeklagten entbehrt daher in diesem Falle der ihr von der Revision beigelegten wirtschaftlichen Bedeutung. Die Revision war somit zu verwerfen.

Die Massenklagen der Schichau-Arbeiter wegen Lohnverweigerung.

Am Sonnabend begann vor dem hiesigen Gewerbegericht ein mehrere hundert Einzelklagen auf Lohn umfassender Massenprozeß der Schichauarbeiter, der seine Ursachen in der Schließung der Werft am 2. Februar 1920 hat. Bekanntlich ist dieser Massenklagen bereits im letzten Sommer ein Prozeß vorangegangen, dem 15 Klagen aus gleichen Ursachen zugrunde lagen. Sowohl das Gewerbegericht als auch das Landgericht entschieden damals zugunsten der klagenden Arbeiter. Da sich Schichau weigerte, für alle übrigen Arbeiter den streitigen Lohn vom 3.—7. Februar auf Grund abiger Entscheidung der Gerichte freiwillig zu zahlen, so mußten die übrigen Arbeiter ebenfalls den Klagenweg beschreiten. Die Arbeiter ließen sich, wie im ersten Prozeß, durch die Gewerkschaften. Die Firma durch den Geschäftsführer Hilbig des Schichauschen Metallindustriellen-Verbandes aus Ebing. Am Sonnabend fand zunächst die sogenannte Vergleichsverhandlung statt. Die Arbeiter liehen durch Gewerkschaftssekretär K. K. K. erklären, daß sie kein unabdingbares Interesse an den langwierigen Verhandlungen und evtl. erneuter langer Beschäftigung des Gewerbes und Landgerichte haben. Da der Rechtsstreit im Prinzip durch Urteil des Landgerichts vom 9. Oktober 1920 für die Kläger entschieden sei, werten sie grundsätzlich zur Einigung bereit. Der Vertreter Schichaus war jedoch nicht ermächtigt, sich auf eine Einigung einzulassen, weshalb die weitere Verhandlung auf Donnerstag, den 3. März vertagt werden mußte, um an diesem Tage mit Vollbesetzung des Gewerbegerichts die endgültige Entscheidung zu fällen. Die Firma zeigte an, daß sie noch mehrere Zeugen laden wird. Als der Vertreter von der Zahl 40—50 sprach, erklärten die Arbeitervertreter, daß sie sich dann vorbehalten müßten, alle 2000 Arbeiter als Zeugen zu laden. Darauf beschränkte sich die Firma auf 3 Zeugen.

S. P. D. Parteinachrichten.

S. P. D. Ortsverein Danzig. Vertrauensmännerversammlung am Mittwoch, den 2. März, abends 6 1/2 Uhr, Heilige Geistgasse 111. Tagesordnung: Bericht der Kommission.

Diskussionsabend. Heute, abends 6 Uhr, im Parteibureau, 4. Tamm 7 II. Vortrag des Gen. Weiglein: Der Todeskampf des Kleinbetriebes. Der Diskussionsabend der Frauengruppe beginnt um 5 Uhr.

1. Bezirk (Schidlich). Ansolat der allgemeinen Vertrauensmännerversammlung fällt die Bezirksversammlung aus und findet erst in der nächsten Woche statt.

Schidlich-Vorträge in Heubude und Schidlich. Heute, Montag, 5 1/2 u. 7 Uhr, Vorträge in Heubude bei Schönwiese, Kinder 50 Pf., Erwachsene 1 Mark. Morgen, Dienstag, in Schidlich bei Steppuhn.

Standesamt vom 28. Februar 1921.

Todesfälle: Witwe Mathilde Bugalla geb. Wagner, 76 J. 5 M. — Rechnungsrat Carl Peder, 76 J. 6 M. — Witwe Luise Wille geb. Sepp, fast 65 J. — Eattlermeister Hermann Glier, 78 J. 5 M. — Witwe Katharina Lewandowski geb. Nawski, 72 J. 3 M. — E. des Vätergenossen Johann Witkowski, 7 M. — Lehrerin a. D. Johanna Rehsfeld, 69 J. 3 M. — Frau Emma Busch geb. Pöschel, 41 J. 5 M. — Witwe Wilhelmine Rah geb. Behrer, 85 J. — Schlosser Paul Schaeffer, 28 J. 5 M. — L. des Schneiders Fritz Krause, 8 M. — Mechaniker Friedrich Ziegner, 29 J. 11 M. Beherin a. D. Franziska Friedrich, fast 78 J. — L. des Schmieds Hermann Kagemat, 3 J. 2 M. — Rentier Emil Schwarz, 70 J. 2 M. — Unschel, 2 Söhne, 1 Tochter.

Neues Operetten-Theater.

„Der ersten Liebe goldne Zeit“.

Singspiel in drei Aufzügen von Leo Raffner. Musik von Jean Gilbert.

Der kitschig-süßliche Wartenlaubentitel dieses Stückes hatte in mir die schmerzlichen Befürchtungen erweckt, und ich bekenne um so lieber, daß ich von Stück und Aufführung angenehm enttäuscht gewesen bin. Die Handlung, die einen verwässerten, zu einem glücklichen Abschluß abgelenkten Neuaufgusses des „Alt-Helberberg“-Motivs enthält, stellt zwar die traditionelle unwahrscheinliche Operettenalbernheit dar, bringt aber wenigstens hübsche, amnatige, in schwäbischem Dialekt gehaltene Mittelstücker aus dem Weinbauernleben des Oberrheins. Der Komponist verrät ein gewisses musikalisches Charakterisierungsvermögen, und seine Vertonung hat eine geschmackvolle, nicht ganz alltägliche, zündende, leicht eingängliche melodische Linie und eine überaus flotte Rhythmik und ist von einer gediegenen, reichen, apart differenzierten Instrumentation getragen. Die Musik weist ein paar richtige Schlager auf, darunter einen ganz großen von „der ersten Liebe goldne Zeit“, der das Zeug hat, ein Cassenhaus von der gleichen Popularität zu werden, wie einstmals „Das haben die Mädchen so gerne“, „Ach, wenn das der Petrus wüßte“, und ähnliche Schlager des gleichen Komponisten.

Die Aufführung war launig und schmissig und riß das Publikum wiederholt zu stürmischen Beifallsstundgebungen und Da-capo-Forderungen hin. Ein ganz famoseres Liebespaar bildeten Charlie Brod und Hanna Fischer. Ursula Bradsky war ein „kebes“ Marandel, und ihr Fortgang von Danzig wird sicher von vielen ihrer Verehrer und Verehrerinnen bedauert werden. Der Weinbauer Sebastian Buchmaier war bei Walter Leopold vorzüglich aufgehoben, und das trottelhafte Jäbölle von Gustav Walter Braener wirkte sehr echt, da der Künstler sich erfreulicherweise in letzter Zeit von Uebertreibungen freigibt. Ein wenig zu steif war Walter Bremer als gräßlicher Vater. Hermann Remo stellte den verliebten Grafensohn alias „Herr Müller“ nach bewährtem Muster dar. Flott und leb wie immer war Carla Ott. Max Raman übte die musikalische Leitung gewandt und verständnisvoll aus.

